

Johannes Varwick: „Politische Optionen im Krieg gegen die Ukraine, September 2024

Auch wenn niemand vorhersehen kann, ob der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine in absehbarer Zeit beendet werden kann und wie er endet: In diesem Krieg gibt es **keine guten Optionen mehr**. Für die in Trümmern liegende europäische Sicherheitsarchitektur heißt das, dass selbst eine **Minimalstabilisierung** nur gelingen kann, wenn der Krieg **in** der Ukraine nicht in einen Krieg **um** die Ukraine eskaliert. Deshalb sollte die dauerhafte westliche Unterstützung so angelegt sein, dass die Nato nicht zur Kriegspartei wird oder Kompromissangebote für Moskau faktisch unmöglich werden.

- Ich möchte Ihnen heute eine vom wissenschaftlichen und politischen Mainstream **abweichende Bewertung** des Krieges in der Ukraine vorstellen und das gerne kontrovers und in **drei Schritten** mit Ihnen diskutieren.
1. Rückblick auf die Zeit vor dem Angriff 2022
 2. Bewertung der aktuellen Lage
 3. Verhandlungsoptionen und politische Szenarien

Europa schien Vielen als **Hort der Stabilität** und des Friedens in einer ansonsten **chaotischen Welt**. Diese Zeiten sind vorbei.

- die Ukraine befindet sich seit zweieinhalb Jahren im **Kriegszustand**;
- die territoriale Integrität von Staaten wird von Russland infrage gestellt, Grenzen mit militärischer Gewalt verschoben,
- Rüstungsetats steigen und zentrale Rüstungskontrollverträge sind aufgekündigt,
- Militärmanöver auf beiden Seiten denken und üben wieder **Kriegsszenarien** und das politische Klima ist eisig;

Die Nato hat darauf reagiert und denkt aus nachvollziehbaren Gründen wieder in Kategorien der **Bündnisverteidigung**. **Kurzum**: Wir befinden uns mitten in einer Eskalationsspirale und in einem klassischen **Sicherheitsdilemma**.

- Sollen wir bei diesem fragilen Status quo **stehen bleiben** oder brauchen wir nicht einen wirklich **neuen politischen Anlauf**, um diese brisante Lage zu entschärfen?
- Worin liegen die **tieferen Ursachen** dieses Scheiterns und was können wir daraus lernen?
- Was ist **denkbar und umsetzbar** – und welche Schritte sind dafür **erforderlich**?

1. Rückblick auf die Zeit vor dem Angriff 2022

Dazu muss ich kurz zurückblicken. Ich hatte **Anfang Dezember 2021** gemeinsam mit zwei Dutzend ehemaligen hohen Militärs, Botschaftern und Wissenschaftlern aus dem „transatlantischen Mainstream“ den Aufruf **„Raus aus der Eskalationsspirale“** veröffentlicht, dessen Kernpunkte heute wie aus einer anderen Zeit wirken. Der **24.2.2022** hat insofern diesen Überlegungen ein Stück weit den Boden entzogen.

Gleichwohl: Wir hatten uns damals angesichts der bereits absehbaren Eskalation der Lage gefragt, ob wir bei einem fragilen Status quo im Verhältnis zu Russland stehen bleiben sollten, oder nicht einen wirklich **neuen politischen Anlauf** brauchen, um die brisante Lage zu entschärfen.

- Ich fühle mich trotz mannigfaltiger Kritik an diesem Ansatz mit den Entwicklungen der vergangenen zweieinhalb Jahre in vielerlei Hinsicht **bestätigt**.

Unser realpolitischer Ausgangspunkt im Herbst 2021 war: Die damaligen Drohgebärden Russlands gegenüber der Ukraine seien inakzeptabel, dennoch führen Empörung und formelhafte Verurteilungen nicht weiter. Vielmehr sei jetzt Realpolitik angezeigt. Eine vorwiegend auf **moralische Empörung** und Abschreckung setzende Politik könne nicht erfolgreich sein. **Wirtschaftlicher Druck** und die Verschärfung von Sanktionen hätten Russland bisher nicht zur **Umkehr** bewegen können.

Unsere Logik war, **win-win-Situationen** zu schaffen, die die damalige Blockade überwinden sollten. Dazu gehörte – und das war immer das

Kernargument – die **Anerkennung der Sicherheitsinteressen beider Seiten**. Mit Rücksicht darauf sollte in Fragen der künftigen Mitgliedschaften in NATO, EU und CSTO für die Dauer einer vorgeschlagenen Konferenz ein **Freeze** vereinbart werden.

Auf diesen Aufruf gab es **vielfältige Resonanz** und hunderte Zuschriften, dutzende Diskussionsrunden und Interviews. Es gab Zustimmung aus dem Lager derer, die immer sehr nah an russischen Positionen waren und es gab Kritik von meinen Freundinnen und Freunden aus dem transatlantischen Mainstream.

Spätestens als ich in der **FAZ vom 19.1.2022** unter dem Titel **„Der Westen muss Russland eine Brücke bauen“** einen Artikel publizierte, distanzierten sich allerdings auch einige der Mitunterzeichner von dem Aufruf.

- Meine dortige Argumentation lautete wie folgt: Wir sollten darüber nachdenken **„russische Einflusszonen“ zu akzeptieren** und der Ukraine eine NATO-Beitrittsperspektive **abzusprechen**.

Diese Sicht wurde von Vertretern der **realistischen Schule der Internationalen Beziehungen** schon lange vertreten. Nehmen Sie als Beispiel von vielen den US-Amerikanischen Kollegen **John Mearsheimer**. Eines seiner Kernargumente lautet, dass die NATO spätestens 2008 mit dem Beitrittsversprechen an die Ukraine eine **rote Linie für Russland** überschritten habe. Dies sieht tatsächlich eine Reihe von Praktikern und Analysten so. Dabei geht es weniger um die Diskussion darüber, ob der Westen gegenüber Russland **wortbrüchig** geworden sei, weil es verbindliche Zusagen gegeben hatte, die NATO nicht zu erweitern.

Im Vordergrund steht vielmehr die Frage, ob es **politisch klug war**, auf russische Befindlichkeiten – jedenfalls in russischer Perzeption – keine ausreichende Rücksicht zu nehmen. Solche Aussagen reichen vom damaligen **US-Botschafter in Moskau**, der 2008 die Bedenken Russlands als „both emotional and based on perceived strategic concerns about the impact on Russia’s interests in the region“ beschrieb. „Der Beitritt der Ukraine zur NATO ist die hellste aller roten Linien für die russische Elite (nicht nur für Putin)“

Ähnlich das Eingeständnis eines ehemaligen US-Verteidigungsministers („our actions have contributed to that hostility“) bis hin zur Wertung eines US-amerikanischen Historikers („incorporating Ukraine would be strategic madness“).

Die Ukraine-Krise, so formulierte es seinerzeit auch Wolfgang Ischinger, ist schlicht die Rechnung dafür, dass wir unser Klassenziel bei der Anbindung Russlands an den Westen und das westliche Bündnis nicht erreicht haben.

- Realistische Theoretiker warnten schon früh, dass die Nato mehr auf russische Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen hätte und brachten vielfach Verständnis für vermeintliche „Einkreisungsängste“ durch eine Ausdehnung des Westens unter der Führung der USA auf.
- Und in der Tat hat sich das Nato-Territorium seit 1990 um etwa 1000 Kilometer in Richtung der russischen Grenze ausgedehnt, 16 Staaten sind der Nato seither beigetreten.

Die Realisten haben einen guten Punkt, und Russland hat frühzeitig und unmissverständlich klar gemacht, dass es die westliche Politik als massive Verletzung seiner Interessen versteht.

- Diskutierte man mit Russen, so wurden einem insbesondere die aus russischer Sicht klar gegen russische Interessen verstoßenden Punkte Kosovokrieg, Libyen-Einsatz, Erweiterung der Nato, US-amerikanische Raketenabwehrprogramme und Kündigung des ABM Vertrages seitens der USA (die als Versuch der Unterminierung russischer Zweitschlagfähigkeit verstanden werden) sowie Parteinahme für die Westorientierung der Ukraine und damit das vermeintliche Eindringen in direkte russische Einflusszonen vorgehalten.
- All diese Punkte stellen sich in westlicher Perspektive vollkommen anders dar – aber wenn Außenpolitik bedeutet, mit den Augen der anderen zu sehen, dann gilt es, die russische Perspektive besser zu verstehen.

Verstehen heißt natürlich nicht akzeptieren. Trotzdem haben die Russen einen **konzeptionell nachvollziehbaren Punkt** hinsichtlich der Frage des russischen Einflusses im postsowjetischen Raum. Müssen **„russische Einflusszonen“** letztlich akzeptiert und etwa Staaten wie Georgien oder der Ukraine eine Nato-Beitrittsperspektive abgesprochen werden, weil Russland dadurch einen Einflussverlust befürchtet, **oder** muss für alle Staaten das Prinzip der freien Bündniswahl uneingeschränkt gelten?

- Man stelle sich nur einmal kurz vor, wie die **USA** reagieren würden, wenn etwa **Mexiko** zu einem von China geführten Militärbündnis beitreten wolle oder **Russland auf Cuba Mittelstreckenraketen** stationieren wollte. Für letzteres haben wir ja einen gut dokumentierten Fall.

Wie auch immer: Spätestens mit den kurz vor Weihnachten 2021 am 17.12.2021 vorgelegten russischen Vorschlägen für einen **neuen Sicherheitsvertrag** war die russische Sicht klar artikuliert. Russland stellt darin konkrete Forderungen an die USA und die NATO. Ich kann das hier nicht detailliert analysieren, aber die Vorschläge waren **sehr weitreichend** und die Frage ist, ob sie ein diplomatisches Ablenkungsmanöver waren, oder ob man hätte darüber **verhandeln** können.

Die Entwürfe sahen unter anderem vor, dass Truppenstationierungen außerhalb des eigenen Territoriums verboten werden sollten, wenn sich eine der Vertragsparteien bedroht fühlen könnte, außerdem sollen nach 1997 aufgenommene Mitgliedsstaaten der Allianz nicht militärisch unterstützt werden. **Zudem** verlangte Russland von den USA, eine Ausweitung der NATO auf weitere ehemalige Sowjetrepubliken zu **unterbinden** – was auf Georgien und die Ukraine zielt, die beide eine grundsätzliche Zusage für eine Mitgliedschaft im Bündnis haben.

Ähnlich weitgehend sind die Forderungen im Vertragsentwurf für ein Übereinkommen mit der NATO. Für fast die Hälfte der 30 Mitgliedsstaaten der Allianz soll die Bündnisverpflichtung der NATO **nicht** mehr gelten können. Das war eigentlich nichts anderes als die Aufforderung an die NATO, sich mit diesem Vertrag selbst aufzulösen.

Meine Bewertung – die Sie hinterfragen können – lautet **dennoch:**

- Darauf **blind einzugehen**, hätte bedeutet, das mit militärischer Gewalt geschaffene Denken in Einflusszonen zu akzeptieren und auf die Prinzipien der Charta von Paris aus dem Jahr 1990 zu verzichten. **Das konnte kein nachhaltiger Weg sein.** Denn insbesondere das Prinzip der territorialen Integrität ist von **strategischer Bedeutung** für die Stabilität in Europa. Und es bleibt auch richtig, dass Russland die Länder innerhalb seiner selbst definierten Einflusszonen nicht mit Drohungen und Gewalt erfolgreich an sich binden sollte, sondern besser mit **soft power**, also Attraktivität seines eigenen Politik- und Wirtschaftsmodells agieren sollte. Aber da ist es natürlich **schwach**.
- Die russischen Vorschläge aber **blind zurückzuweisen** war genauso falsch. Russland an diesem zentralen Punkt entgegenzukommen und die Beitrittsperspektive der Ukraine zur NATO vorerst bewusst auf Eis zu legen - und damit die eigenen Beschlüsse aus dem Jahr 2008 zu **revidieren** – hätte insofern zwar Prinzipien verletzt, aber wenn die **Alternative** eine Eskalationsspirale ist, aus der wir nicht herauskommen, dann hätten wir das machen sollen, was Diplomatie machen muss: **Schmerzhaftes Kompromisse schmieden**, Interessensausgleich vornehmen und versuchen, das **Schlimmste** zu verhindern.

Das hätte im Übrigen nicht bedeutet, die Ukraine (für die absehbar niemand im Westen militärisch kämpfen wollte) **hängen zu lassen**, sondern es hieße, mit der Ukraine, mit Russland, mit den USA und den europäischen Staaten darüber zu reden, welchen Platz die Ukraine und Russland in der europäischen Sicherheitslandschaft haben können.

Da lagen Ideen auf dem Tisch, etwa eine **„Finnlandisierung“ der Ukraine**, also eine wie auch immer ausbuchstabierte Neutralität.

All dies klingt heute nach **allzu schmutziger Realpolitik**. Doch dies **gefühllos zu beklagen**, bringt nicht die notwendige politische Dynamik, um aus der nochmals gefährlicher gewordenen Eskalationsspirale rauszukommen.

- Deshalb hielt ich radikalere Schritte und die **Infragestellung der**

bisher gültigen Prinzipien und Strategien für notwendig, zumal der Westen und die NATO auf Basis der eigenen Stärke bzw. gesicherter Abschreckungsfähigkeit ihres eigenen Bündnisgebiets **handeln und verhandeln können**.

- Zu diesem Gedanken **stehe ich weiterhin** und auch wenn jetzt viel dafür spricht, dass mit Putin **kein** Interessenausgleich möglich war, war der – **leider unterbliebene** – Versuch durchaus vernünftig.

Inzwischen liegen die Dokumente auch öffentlich vor, denn sie sind der **spanischen Zeitung El Pais** zugespielt worden, die sie veröffentlicht hat. Die Reaktionen der USA und der NATO auf die russischen Vorschläge waren **zurückhaltend**. Kernaussage war: „**We cannot compromise on principles**“.

- **Meine Position dazu lautete**: Der Westen **hätte** die Frage der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine klarer ausschließen müssen.
- Dazu war er dezidiert nicht bereit. **Versäumnisse** gibt es mithin auf allen Seiten – und im Ergebnis sehen wir ein **Versagen** der Diplomatie.

Es gibt aber natürlich andere Sichtweisen, und die **überwiegende Mehrzahl** der westlichen Beobachter, insbesondere viele Russlandexperten kommt inzwischen zu einer anderen Einschätzung: Man kann jetzt natürlich sagen, es habe ein **russisches Drehbuch** gegeben, das lange feststand. In dem Sinne sei die Annahme naiv gewesen, dass man noch **Einfluss** auf die russische Positionierung hatte. Das ist auch sicher nicht falsch. Als Beleg wird das russische Verhalten in den vergangenen Jahren genommen und mit Blick auf die Ukraine argumentiert, der russische Präsident habe sich lange vorher entschieden, die Ukraine in dem Sinne zu **vernichten**, als dass er die ukrainische Souveränität nicht anerkennt.

Ein Beispiel ist der Artikel von Präsident Putin aus dem **Sommer 2021** mit dem Titel „On the historical Unity of Russians and Ukrainians“. Ich will das hier nun nicht detailliert analysieren. Die grundlegende Frage ist, ob dies **ideologisch flexible Äußerungen** sind, oder ein **Fahrplan**

in den Krieg darstellten. Sie müssen das selbst beurteilen – und können den Text nachlesen, denn auch er ist öffentlich.

- Ich bin gleichwohl der Überzeugung, dass es ein **Fenster gab**, in dem man einen Interessenausgleich hätte hinbekommen können.

Gewiss sind **Identitätsfragen** in der internationalen Politik immer die gefährlichsten und die am schwierigsten zu lösenden. Aber **unterschiedliche Ordnungsvorstellungen** sind in der internationalen Politik eben keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Was gewesen wäre, wenn wir klüger verhandelt hätten, wissen wir nicht. Aber im Ergebnis sehen wir ein Versagen auf allen Ebenen und wir sollten den Fehler jetzt nicht nur bei den anderen suchen. **Wir sollten auch selbstkritisch sein.**

Das russische Verhalten erleichtert Selbstkritik nicht gerade. Es ist sicher richtig, dass dieses imperiale Bestreben Russlands spätestens seit 2008 erkennbar war. **Wir hätten es aber besser einhegen müssen.** Es wurde zu wenig erkannt, dass die Ukraine in russischer Perspektive ein **Sonderfall** und eine Kernfrage von **vitalem Interesse** ist.

Das hätten eigentlich alle sehen können, und dann hätte es nur **zwei Möglichkeiten** gegeben:

- Entweder hätte man die Ukraine **radikal schützen müssen** und sie ins westliche Camp ziehen, so wie die Amerikaner es 2008 wollten – also eine NATO-Mitgliedschaft und die Bereitschaft, für die Ukraine zu kämpfen. Dann hätte man damals bereits einen harten Kalten Krieg gehabt, der mit relativ großer Wahrscheinlichkeit heiß geworden wäre.
- Die **zweite Möglichkeit** wäre gewesen, dass man eine **Pufferzone oder eine neutrale Ukraine als Schlüssel zur Lösung akzeptiert.**

Diesen Weg einer **realpolitischen Frontbegradigung** war man nicht bereit auszuloten, weil man die Existenz von Einflusszonen **tabuisierte** und die eigenen Prinzipien **fundamental** setzte.

- Es ist alles anders gekommen und wir sind in der **schlechtesten aller Varianten** gelandet – einem brutalen Krieg mit fundamentalen Konsequenzen.
- Die HistorikerInnen werden entscheiden, wer welche Verantwortung trägt.

Lassen Sie mich eine kurze Zwischenbilanz ziehen:

1. Russisches Verhalten vollkommen inakzeptabel; Ukraine verdient und bekommt Solidarität
2. Empörung und formelhafte Verurteilungen Russlands führen jedoch nicht weiter; realistischer Ansatz und Debatte über Interessenausgleich wurde versäumt
3. Legitime Sicherheitsinteressen aller Seiten sollten anerkannt werden; kluges Management der Instabilität und Eskalationskontrolle notwendig

2. Bewertung der aktuellen Lage im September 2024

Die deutsche und die westliche Debatte zum Krieg gegen die Ukraine dreht sich im Wesentlichen um die Frage, wie sich die Ukraine gegen die fast 32 Monaten andauernde militärische Aggression Russlands wehren kann und was zu tun ist, um die Ukraine dabei militärisch zu unterstützen. Das ist auch **verständlich**, denn – ich sage es abermals – der russische Überfall verletzt alle Normen des Völkerrechts und ruft vollkommen zu Recht Empörung und Widerstand hervor.

- Doch dabei geht zugleich der **Blick für politische Initiativen** verloren, die mit Realismus und Pragmatismus einen Ausweg aus der Lage bieten könnten.

Die meisten Beobachter sind sich darin einig, dass aktuell **keine Seite die Fähigkeit hat**, einen schnellen militärischen Sieg über die andere Seite zu erzielen. Russland nicht, weil die massive Unterstützung des Westens die Ukraine zur Verteidigung befähigt, und die Ukraine nicht, weil Russland weiterhin hohe Durchhaltefähigkeit und Eskalationsdominanz hat. Das ist, zumindest wenn man die Erwartungen der meisten Beobachter vom Frühjahr 2022 zugrunde legt, **durchaus ein Erfolg für**

die Ukraine. Allerdings ein Erfolg, der mit hohen Opferzahlen und der weitgehenden Zerstörung des Landes verbunden ist.

Die westliche Strategie zielt zugleich derzeit darauf ab, die Verhandlungsposition der Ukraine durch Erfolge auf dem Schlachtfeld zu verbessern. Das ist völkerrechtlich legitim und moralisch verständlich. Inwieweit das Gelingen kann, ist umstritten.

- Etliche Militärexperten setzten darauf, dass es der Ukraine mit westlichen Waffenlieferungen gelingen könnte, einen Durchbruch bis zum Asowschen Meer zu erzielen und dann schrittweise das gesamte ukrainische Territorium inklusive der Krim zu befreien. Dies sei entweder durch eigene militärische Erfolge oder auch durch einen Zusammenbruch Russlands denkbar.
- Andere Militärexperten gingen hingegen von einem dauerhaften militärischen Patt aus, vermutlich in Form eines jahrelangen und verlustreichen Abnutzungskrieges ohne größere Geländegewinne einer der beiden Seiten. Die mit vielen Erwartungen verbundene Frühjahrs-offensive war jedenfalls nicht erfolgreich, wie auch der inzwischen abgelöste Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, einräumte.
- Es ist offenkundig, dass die ukrainische Armee schwer unter Druck steht und Russland militärisch die Oberhand gewinnt. Die aktuellen Entwicklungen in Kursk ab August 2024 ändern daran nichts Grundlegendes.

Erfolg im Krieg ist stets relativ und die entstandene Pattsituation womöglich geeignet, das Vorspiel für ein Szenario zu sein, bei dem der Krieg in der Ukraine in einen Krieg um die Ukraine umschlägt – und damit doch in eine direkte Konfrontation zwischen der NATO oder einzelnen NATO-Staaten und Russland münden kann.

Dies wäre einerseits bei einem Sieg der Ukraine denkbar, wenn Russland in einer solchen Situation tatsächlich bis hin zum Einsatz von Nuklearwaffen eskaliert. Andererseits wäre ein ausufernder Konflikt ebenso bei einem sich abzeichnenden Sieg Russlands vorstellbar. Dann ließe sich zumindest nicht ausschließen, dass einzelne NATO-Staaten

der Ukraine mit eigenen Soldaten zu Hilfe kommen, um deren kompletten Zusammenbruch zu verhindern.

3. Verhandlungsoptionen und politische Szenarien

Politisches Minimalziel der diplomatischen Bemühungen müsste sein, dass **erstens** eine direkte militärische Auseinandersetzung mit Russland verhindert wird und **zweitens** die Ukraine diesen Krieg zu möglichst guten Bedingungen übersteht. Die Abwägung zwischen Eskalationsrisiko und der Unterstützung der Ukraine bei ihrem Recht auf Selbstverteidigung ist anspruchsvoll und **voller Dilemmata**. Denn beides sind hohe Güter – was aber, wenn nicht beide gleichzeitig erreichbar sind?

- Aus diesen Überlegungen folgt, dass es **keine verantwortbare Alternative zu Verhandlungsinitiativen** gibt, die auf präventive Eskalationsverhinderung bedacht sind.

Dabei ist richtig, dass derzeit **kein sinnvolles Friedensabkommen möglich ist**, das diesen Namen verdient. Verhandlungen stehen mithin monumentalen **Schwierigkeiten** gegenüber, die selbst bei gutem Willen nicht einfach beiseite zu räumen wären. Weder Russland noch die Ukraine wollen derzeit verhandeln. Die **maximalistischen Ziele beider Seiten sind unvereinbar und eine Quadratur des Kreises einstweilen nicht vorstellbar**.

Die gängige Annahme, nach der Konfliktparteien der Aufnahme von Friedensverhandlungen nur dann zustimmen, wenn sie „reif“ sind, d.h. wenn sie erkennen, dass sie in einer für beide Seiten schädlichen Pattsituation auf dem Schlachtfeld gefangen sind, greift **dennoch zu kurz**. Dagegen sprechen schon die seinerzeit weit gediehenen **Istanbul-Verhandlungen vom März 2022**, die eine Neutralität der Ukraine und einen Rückzug der russischen Invasionstruppen auf Positionen vor dem 24. Februar 2022 vorsahen. Das Scheitern dieser Annäherung ist bis heute **nicht vollständig ergründet**.

Ernsthafte Verhandlungen müssten von den Zielen beider Seiten ausgehen.

- Die **ukrainischen Ziele** sind gemäß der „ukrainischen

Friedensformel“ der vollständige Rückzug des russischen Aggressors, die Bestrafung von Kriegsverbrechern sowie Reparationszahlungen und die rasche Integration in Nato und EU.

- Die **russischen Ziele** sind weniger eindeutig und umfassen neben der **Verhinderung einer ukrainischen Nato-Mitgliedschaft** entweder den Sturz der ukrainischen Regierung und die Vernichtung der staatlichen Souveränität der Ukraine **oder aber** mindestens die Annexion der im September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärten vier Oblaste (Donezk, Luganzk, Saporischja und Cherson) plus der bereits zuvor annektierten Krim.

Wenn man aber davon ausgeht, dass **keine der beiden Seiten diese Maximalziele** erreichen kann, dann wird dieser Krieg nur durch eine diplomatische Lösung beendet werden können.

In dieser Situation gibt es **zahlreiche Initiativen**, die auf eine politische Lösung drängen. Sichtbare Erfolge hatten diese Initiativen bisher nicht. Zugleich gibt es offenkundig zunehmend Gespräche **hinter den Kulissen**.

In Verhandlungen wird **keine Seite** Maximalforderungen durchsetzen oder sich an der reinen Lehre orientieren können – auch wenn die Ukraine moralisch im Recht ist. Eine aus der jeweiligen Sicht der einen Konfliktpartei definierte **Ideallösung** ergäbe sich nur, wenn die Interessen einer Seite vollständig durchgesetzt würden. **Das entspricht aber nicht der Realität**. Weder wird Russland aller Voraussicht nach die gesamte Ukraine unterwerfen, noch wird die Ukraine all ihre Territorien von russischer Besatzung befreien.

- Von allen vorstellbaren Varianten wäre das Drängen auf einen schnellen Waffenstillstand und daran anschließend die Bereitschaft zu Verhandlungen im Sinne einer **Stabilisierung durch einen Neutralitätsstatus der Ukraine sowie die Akzeptanz territorialer Veränderungen unter bestimmten Voraussetzungen** die beste unter den schlechten Optionen.

In welcher Form dies stattfinden kann, ist heute nicht zu entscheiden. Denkbar wäre aber einerseits über die komplexe Frage von

Sicherheitsgarantien zu verhandeln. Solche Garantien müssen zwar wirksam sein, damit sie für die Ukraine akzeptabel sind, aber **eben nicht** als Nato-Beitritt durch die Hintertür interpretierbar sein, wenn sie für Russland akzeptabel sein sollen.

Ein anderes Beispiel sind die **hochbrisanten Fragen territorialer Veränderungen**. Selbstverständlich wäre es inakzeptabel, Russland ein passendes Teil der Ukraine zu überlassen und damit das Neuziehen territorialer Grenzen mit militärischer Gewalt geradezu zu **belohnen**. Deshalb sind **Ideen zu ventilieren**, wie die territorialen Fragen im Konsens der Beteiligten entschieden werden können, etwa in Form von international beaufsichtigten Referenden.

- Das **Ergebnis eines Verhandlungsprozesses** kann niemand vorhersagen, aber es wird vermutlich am Ende eine **neutrale Ukraine** geben, die sich nicht eindeutig im westlichen Lager befindet oder gar selbstverständlicher Teil des euroatlantischen Bündnisses ist. **Entlang dieser Linie** wird um eine Verhandlungslösung gerungen werden müssen.

Vielleicht wäre es auch hilfreich, eine alte Verhandlungsstrategie zu berücksichtigen die da lautet: **Mache ein Problem größer, um es lösbar zu machen.**

Konkret könnte dies hier bedeuten, die unterschiedlichen Dimensionen des Konflikts – **zwischenstaatlicher Krieg** zwischen Russland und der Ukraine, **Ordnungskonflikt um die europäische Sicherheitsarchitektur** und **Weltordnungskonflikt** zwischen Russland und den USA – zu verbinden und im Paket anzugehen.

Andererseits sollte nicht sofort der Anspruch auf **dauerhaften Lösungen bestehen**, sondern mit Bescheidenheit zunächst ein **Einfrieren dieses Konflikts** versucht werden. Anders formuliert: Bei einer politischen Lösung sollte nicht nur auf Gerechtigkeit geachtet werden, sondern auch auf **Schadensbegrenzung, Stabilität und Gleichgewicht** zwischen konkurrierenden Interessen und Ambitionen.

Wenn Verhandlungen also **präventive Eskalationsverhinderung** sind, dann ist der entscheidende Punkt, dass die Grundlagen des

Konflikts sich in den kommenden Monaten und Jahren **nicht positiv verändern werden**, aber die **Kosten des Krieges** sich mit jedem weiteren Tag vervielfachen und rasch außer Kontrolle geraten können. Verhandlungen sind voraussetzungsreich, mühsam und ohne Erfolgsgarantie. Die **vermeintliche Lösung auf dem Schlachtfeld zu suchen**, ist aber keine verantwortungsvolle Alternative

Das Risiko eines langsamen, mitunter sogar ungewollten **Ausweitens einer Mission** mit begrenzten Zielen hin zum Schlittern in einen großen Krieg (**mission creep**) gehört zum kleinen Einmaleins der Sicherheitspolitik. Es ist zwar kein Naturgesetz, aber im Falle des Ukrainekrieges sind die Mechanismen und Risiken lehrbuchartig sichtbar.

Strategisches Ziel und zugleich rationales Interesse der Ukraine ist ganz offenkundig, die Nato oder zumindest einige westliche Staaten **direkt in den Krieg zu ziehen**. Das ist aus Sicht Kiews die beste Chance, eine Niederlage abzuwenden. Das bisher ebenso deutlich formulierte Interesse ihrer wichtigsten Unterstützer USA und Deutschland, ist genau dies zu verhindern. Dennoch tastet man sich mit der als singular zu bezeichnenden militärischen Unterstützung (**boiling the frog-Strategie**) immer näher an diese Grenze heran.

Die Bewertung der **Lösungsmöglichkeiten** dieses Konflikts hängen zentral mit der Einschätzung seiner Ursachen zusammen. Das **realistische Analyseangebot** ist in diesem Fall ebenso klar wie umstritten. Doch so zu tun, als hätte der eingeschlagene Weg – nach jahrelangem Krieg, massiven Verlusten auf beiden Seiten und weitgehender Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur – bisher Erfolg gebracht, ist nicht glaubwürdig.

Die realistische Betrachtung schließt in keiner Weise aus, das alte **Konzept des Containments**, also der Eindämmung russischer Macht, wiederzubeleben und effektiver zu machen. Das heißt, die Ostflanke der NATO zu stärken und mittels Abschreckung Putin oder einem Nachfolger diese Grenze aufzuzeigen.

Es gilt aber, diesen Krieg **zu Ende zu denken** und nicht in eine unkalulierbare Dauereskalation mit Russland zu geraten. Dabei darf Russland mit seinem Verhalten und Vorgehen in der Ukraine am Ende

keinen Erfolg haben. Was aber nicht passieren darf, ist ein **apokalyptisches Scheitern**.

Vier Punkte als **Take-away** zum Schluss:

- 1.** Sich mit einem jahrelangen Abnutzungskrieg abzufinden, das kann **keine verantwortbare Strategie sein**. Genauso wenig wie die mantraartige Betonung der ukrainischen Friedensformel und das moralgetriebene „as long as it takes“. Eine „Erst muss die Ukraine gewinnen und dann schauen wir mal-Strategie“ auch nicht.
- 2.** Bei einer politischen Lösung sollte nicht nur auf Gerechtigkeit geachtet werden, sondern auch auf **Schadensbegrenzung, Stabilität und Gleichgewicht** zwischen konkurrierenden Interessen. Wer eine Lösung will, der muss zudem die **russischen roten Linien beachten** – oder aber auf eine russische Niederlage setzen und ein **Preisschild** daran kleben.
- 3.** Wenn Verhandlungen auch präventive Eskalationsverhinderung sind, dann gilt es zu erkennen, dass die Grundlagen des Konflikts sich in den **kommenden Monaten und Jahren nicht positiv verändern werden**, aber die Kosten des Krieges sich mit jedem weiteren Tag vervielfachen und rasch außer Kontrolle geraten können. Verhandlungen sind voraussetzungsreich, mühsam und ohne Erfolgsgarantie. Die Lösung auf dem Schlachtfeld zu suchen, ist aber keine verantwortungsvolle Alternative.
- 4.** Zugleich gilt es mittel- bis langfristig weiter zu versuchen, die europäische Sicherheitsordnung nicht gegen, sondern eines ferneren Tages wieder mit Russland zu organisieren. Das erscheint angesichts des brutalen, von Russland begonnenen Angriffskriegs **heute utopisch**. Doch aus dem derzeitigen Sicherheitsdilemma – die Stärke des einen Akteurs wird vom gegnerischen Akteur zwangsläufig als Bedrohung wahrgenommen, woraus Abwehrmaßnahmen resultieren, die abermals Rückwirkungen haben – gibt es **keinen einfachen Ausweg**.

Auf der Basis gesicherter Abschreckungs- und Handlungsfähigkeit soll

und kann der Westen in Gestalt von NATO und EU nicht hinnehmen, dass ein neuer **Ost-West-Konflikt 2.0** die europäische und internationale Ordnung destabilisiert, sondern sollte mit aller Kraft an der **Überwindung dieses Konflikts** arbeiten.

Ich freue mich auf unsere Diskussion!

es gilt das gesprochene Wort; (c) Warwick 2024